

Neue Westfälische vom 14./15. Januar 2023

Aufbruchstimmung ist verflogen

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr des Arbeitgeberverbandes schlagen die Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung durch. Der Krieg und seine Folgen machen der Wirtschaft zu schaffen.

Henning Wandel

■ Kreis Minden-Lübbecke.

Von der fast schon euphorischen Aufbruchstimmung vor einem Jahr ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Stimmung in der Minden-Lübbecke-Wirtschaft ist nicht zuletzt wegen der Folgen des Krieges in der Ukraine deutlich eingetrübt. Das geht aus der jährlichen Konjunkturumfrage des Arbeitgeberverbandes (AGV) hervor, deren Ergebnisse jetzt vorgestellt wurden – ausgerechnet im Jubiläumsjahr der Vereinigung, die am 12. Januar 1948 und damit genau vor 75 Jahren gegründet worden war.

Zwar bewertet ein gutes Drittel der befragten Unternehmen die aktuelle Geschäftslage als gut und nur jedes siebte als schlecht. Doch schon der Blick auf die Erträge zeigt, welche Entwicklung zu erwarten sein dürfte. 40 Prozent sagen demnach, dass die Gewinne schlechter ausgefallen seien als erwartet, wengleich bei einem Viertel die Erwartungen übertroffen wurden. Der Blick in die Zukunft fällt entsprechend pessimistisch aus. Nur noch acht Prozent der Unternehmen erwarten eine Ver-

besserung der wirtschaftlichen Entwicklung, fast die Hälfte (46 Prozent) hingegen geht von einer Verschlechterung aus.

Vor allem die hohen Energiepreise bereiten Probleme, aber auch Lieferengpässe und der Mangel an Arbeitskräften. Gerade der Energiebereich dürfte in den kommenden Monaten für zusätzliche Unsicherheit sorgen, weil vielfach Preisvereinbarungen ausliefen und eine weitere Absicherung kaum noch möglich sei, sagte AGV-Vorstandsmitglied Henrik Follmann. Der Geschäftsführende Gesellschafter von Follmann Chemie hätte sich hier eine bessere Regelung gewünscht. Zwar sei es richtig, die Verbraucher mit einer Preisbremse abzusichern, für die Industrie gebe es aber keine Lösung. Patrick Jacob von der Portaner Jacob Gruppe bekräftigt das: Im internationalen Vergleich seien die Energiekosten schon in der Vergangenheit sehr hoch gewesen, „jetzt geht die Schere immer weiter auseinander“. Jacob spricht von Wettbewerbsverzerrung.

Doch die Unternehmer im Vorstand des AGV haben den Blick schon über Krieg und Krisen hinaus in die Zukunft ge-

richtet – und dort werden die Herausforderungen nicht kleiner. Russland als Markt spielt in den Überlegungen schon jetzt keine Rolle mehr, sagt der AGV-Vorsitzende Robert Falch. „Das haben wir alle abgehakt“, sagte der Geschäftsführende Gesellschafter von Minda. Für sein Unternehmen war Russland lange wichtig. „Wir müssen uns jetzt mit dem großen Thema China beschäftigen.“ Denn so abhän-

gig Europa in der Energie von Russland war, so abhängig ist die Welt von China. Und das gleich doppelt, wie Wago-Gesellschafter Sven Hohorst deutlich machte. Russland sei nie ein wichtiger Absatzmarkt gewesen, sagte er. „China hat massive Bedeutung als Absatz- und als Beschaffungsmarkt.“ Welche Folgen die Abhängigkeit inzwischen hat, zeigen die aktuellen Arzneimittel-Engpässe. Weil die Kran-

kenkassen gezwungen seien, immer das günstigste Medikament zu kaufen, habe sich das Geschäft fast komplett nach China und Indien verlagert. Weil deutsche Firmen diesen Preiswettbewerb nicht gewinnen können, wird hier nicht mehr produziert.

Doch es sind nicht nur die weltpolitischen Themen, mit denen sich die heimischen Unternehmer beschäftigen müssen. Ganz konkret schlägt

vor Ort auch der Mangel nicht nur an Fachkräften, sondern an Arbeitskräften allgemein durch. Es werde immer schwieriger, neue Mitarbeiter zu finden, vor allem von außerhalb, wie Jenz-Gesellschafterin Elisabeth Holland bestätigte. Dabei wollen viele Firmen trotz aller wirtschaftlichen Unsicherheit auch in Zukunft neue Stellen schaffen. Auch das ist ein Ergebnis der Umfrage: Nachdem schon im vergangenen Jahr mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen die Zahl ihrer Mitarbeiter erhöht hat, plant jedes fünfte auch 2023 einen weiteren Aufbau. Dabei haben 75 Prozent Probleme, diese Stellen auch zu besetzen. 20 Prozent nennen als Grund, potenzielle Kandidaten nicht in die Region locken zu können. Vor dem Hintergrund digitaler Arbeit und einer Renaissance des Landlebens sei das kaum zu erklären, sagte AGV-Geschäftsführer André M. Fechner, der die Umfrageergebnisse präsentierte.

Der Blick auf die Entwicklung der Ausbildungsplätze zeigt dabei deutlich, dass die Unternehmer dieses Problem offensiv angehen und in die Ausbildung investieren. Schon 2022 ist die Zahl der Ausbil-

dungsplätze in mehr als jedem fünften Betrieb erhöht worden. Auch für 2023 planen 20 Prozent eine weitere Aufstockung. Genauso viele allerdings wollen auch wieder Stellen abbauen. Laut Fechner muss das aber nicht zwingend ein Grund zur Beunruhigung sein. Denn auch in der Ausbildung blieben immer wieder Plätze unbesetzt. Ein Abbau kann also auch einfach die Korrektur eines Überangebots sein.

Ihrem Standort bleiben die Unternehmen trotz aller Schwierigkeiten treu. Gut die Hälfte der Befragten will 2023 wie geplant investieren, 17 Prozent wollen das Volumen sogar noch einmal erhöhen. Gut 60 Prozent der Gelder sollen dabei direkt in den Mühlenkreis fließen. Im Gegenzug fordert der AGV aber auch mehr politische Verlässlichkeit. „Wir brauchen Klarheit“, sagte Robert Falch. Sollen die Städte grün und fahrradfreundlich sein, oder bleibt auch Platz für Gewerbegebiete und Lastwagen? Straßen könnten nicht beides gleichzeitig sein. „Wenn man sich für etwas entscheidet, muss man sich auch gegen etwas entscheiden“, so Falch. Das fehle im Moment.